

II-4916 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/12-Parl/79

Wien, am 5. März 1979

An die
PARLAMENTSDIREKTION

2278/AB

Parlament

1979-03-13

1017 Wien

zu 2344 J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2344/J-NR/79, betreffend Unterrichtsprinzip politische Bildung, die die Abgeordneten PETER und Genossen am 6. Februar 1979 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Im Rahmen der Begleitmaßnahmen zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung wurden beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst ausgewogen zusammengesetzte Zentrale Arbeitsgruppen eingesetzt.

Diese Zentralen Arbeitsgruppen haben in mehreren Tagungen "Unterrichtsbeispiele zur Politischen Bildung" verfaßt und einstimmig verabschiedet.

Diese "Unterrichtsbeispiele" sind in einer ersten Lieferung allen Lehrern der Volksschulen, Hauptschulen, allgemeinbildenden höheren Schulen und der Polytechnischen Lehrgänge zur Verfügung gestellt worden. Erste Reaktionen der Lehrer waren durchaus positiv. Auch die große Anzahl von Nachforderungen (z. B. auch aus dem Bereich von katholischen Organisationen) für besondere Veranstaltungen können als Indiz für eine durchaus

- 2 -

positive Aufnahme dieser Unterlagen genommen werden.

Neben der Lehrerinformation hat das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auch die Information der Eltern durch die Verfügungstellung des Grundsatzerlasses und die Verteilung einer Broschüre ("Schulgemeinschaftsgespräche II") wahrgenommen.

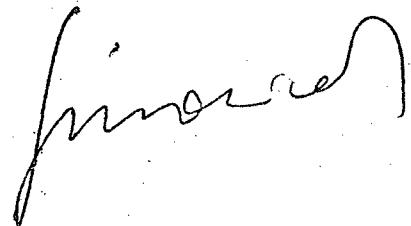
Auf dem Sektor der Lehrerfortbildung wurde das Angebot deutlich erweitert. In interministeriellen Besprechungen zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden weiters Maßnahmen zur verstärkten Berücksichtigung des Grundsatzerlasses Politische Bildung in der Lehrerausbildung vereinbart. Ähnliche Gespräche haben mit allen anderen für die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung zuständigen Institutionen stattgefunden (Direktoren der Pädagogischen Akademien, Pädagogischen Institute, Amtsdirektoren der Landeschulräte, Landesschulinspektoren usw.).

ad 2)

Seit der Fertigstellung des Grundsatzerlasses werden Fragen der Politischen Bildung bei sämtlichen in Frage kommenden Sitzungen der Schulaufsichtsbeamten (Landesschulinspektoren, Bezirksschulinspektoren) besprochen. Dabei wird größtes Augenmerk darauf gelegt, daß die Bestimmungen des Grundsatzerlasses, der ja als ein Mittel zur Verhindeung von parteipolitischer Werbung in den Schulen gesehen werden kann, in der Schulpraxis genau beachtet werden.

- 3 -

Die ersten bisherigen Erfahrungen rechtfertigen einen Optimismus in der Frage der weiteren Entwicklung der Politischen Bildung. Dieser Optimismus besteht nicht zuletzt auf Grund des breiten politischen Konsenses aller politischen Kräfte, den das Bundesministerium für Unterricht und Kunst für seine Maßnahmen immer gesucht hat und auf dem sowohl der Grundsatz erlaß als auch alle Begleitmaßnahmen zur Politischen Bildung beruhen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "finanzen".